

Anno ...: 38. Woche

1921, 24. September: In Berlin wird erstmals die *Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr)* herausgegeben. Das auf Beschluss des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale vom Juli 1921 geschaffene Organ erscheint zunächst dreimal wöchentlich, zeitweise auch täglich. Ende der 20er Jahre wird die *Inprekorr* in acht Sprachen veröffentlicht.

1941, 19. September: Mit dem Eintreten der Polizeiverordnung vom 1. September wird das Tragen des von den Nazis als »Judenstern« bezeichneten Zwangskennzeichens für alle durch die Nürnberger Gesetze als jüdisch definierten Bürger des Deutschen Reiches zur Pflicht. Das in der Öffentlichkeit stets gut sichtbar zu tragende Zeichen, ein gelber Davidstern, der die Aufschrift »Jude« trägt, soll die weitere Isolation jüdischer Deutscher vorantreiben.

1951, 20. September: Zwischen der BRD und der DDR tritt das sogenannte Interzonenabkommen in Kraft. Es regelt den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden deutschen Staaten und weitet ähnliche, seit 1945 bestehende Abkommen zwischen der sowjetisch besetzten Zone und den von den Westalliierten besetzten Zonen aus.

1981, 22. September: Mit der durch den Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) angeordneten Räumung acht besetzter Häuser erreicht die Repression gegen die Hausbesetzerbewegung ihren Höhepunkt. Als Lummer vor dem zuvor geräumten Haus in der Schöneberger Bülowstraße 89 eine Pressekonferenz abhält, kommt es zu Protesten. Die Polizei drängt die etwa 200 Protestierenden zurück und treibt sie auf die Potsdamer Straße. Dort wird der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay von einem Bus der Berliner Verkehrsgesellschaft erfasst und zu Tode geschleift. Am Abend kommen 15.000 Menschen zu einer Schweigekundgebung zusammen. Es folgen stundenlange Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Lummer, der jede Verantwortung für den Tod Rattays von sich weist und diesen als Gewalttäter hinstellt, tritt erst 1986 wegen eines Bauskandals zurück.

2001, 20. September: US-Präsident George W. Bush kündigt in einer Rede vor dem Kongress als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September einen »Krieg gegen den Terror« an. Anfang Oktober beginnen die USA gemeinsam mit Großbritannien den Afghanistan-Krieg. Der »War on terror«, in dessen Rahmen Bürgerrechte umfassend eingeschränkt und Menschen willkürlich getötet, gefoltert und inhaftiert werden, hält bis heute an.

<https://www.jungewelt.de/artikel/293872.anno-38-woche.html>